

SOLIDARITÄT

Die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

- ArbeitnehmerInnenveranlagung
- ÖGB-Mitglieder am Wort
- Fair: Palmöl



Besser mit Betriebsrat

Wertvolle Tipps zur BR-Gründung und -Wahl
Seiten 14–15

ÖGB
www.oegb.at



TOPSTORY

Gesundheit:
Arbeitsbedingte
Krebserkran-
kungen und
Gendermedizin.

Seiten 4–7



MINDESTLOHN

ÖGB fordert
1.700 Euro
brutto bei
Vollzeitbe-
schäftigung.

Seite 12



SERVICE

Aktuelle Infor-
mationen aus
dem Burgen-
land, Nieder-
österreich und
Wien.

KOMMENTAR

ÖGB-Präsident Erich Foglar zu Arbeitszeitflexibilisierung	3
--	---

TOPSTORY

Gendermedizin, arbeitsbedingte Krebserkrankungen, Rauchen	4-7
--	-----

ARBEIT & POLITIK

Themen aus der Region	9, 13
-----------------------------	-------

INTERVIEW

ÖGB-Mitglieder am Wort	10-11
------------------------------	-------

AKTUELLES

Mindestlohn	12
-------------------	----

SERVICE

Der Weg zum neuen Betriebsrat	14
Berufung: Betriebsrat	15

SERVICE

Themen aus der Region	16
Reise- und Buchtipps	17
ArbeitnehmerInnenveranlagung	18
Kochen	20

SERVICE/UNTERHALTUNG

Fair: Palmöl	22
Rätsel mit Gewinnspiel, Cartoon	23

ADRESSÄNDERUNGEN

Tel.: 01/534 44-39100

Montag-Donnerstag 8-16.30 Uhr,
Freitag 9-12 Uhr
oder unter service@oegb.at

i-move.at

Soziale Säule für EU



ES IST ZEIT für eine europäische Säule sozialer Rechte, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. 2017 sei das entscheidende Jahr dafür. Auch das EU-Parlament hat sich im Jänner für eine sozialere EU ausgesprochen. Besonders erfreulich aus gewerkschaftlicher Sicht: In den Text wurde die langjährige Forderung der europäischen Gewerkschaften nach einem sozialen Fortschrittsprotokoll aufgenommen. ÖGB und EGB fordern, dass soziale Grundrechte gegenüber den wirtschaftlichen Freiheiten gestärkt werden. Grenzüberschreitendes Lohndumping muss effizienter bekämpft werden. (Details: www.oegb-eu.at) Die EU-Kommission muss nun Ende März konkrete Vorschläge vorlegen. Wir sind gespannt.

Ankündigungen statt Taten



ES GIBT AUCH kräftigen Gegenwind: Manche Mitgliedsstaaten haben sich wie zuletzt der ungarische Vertreter im Rat der Sozialminister gegen eine sozialere EU ausgesprochen: Nein zu gemeinsamen höheren Sozialstandards, nein zu verbindlichen Regeln. Dem Vernehmen nach plant auch die EU-Kommission nur wenige konkrete und verbindliche Initiativen zur Stärkung sozialer Rechte in der Europäischen Union. Aus Sicht der Gewerkschaften wäre das keinesfalls ausreichend. Kleine Zugeständnisse und Alibi-Verbesserungen sind zu wenig. Ein echter Kurswechsel ist überfällig. Auf die Ankündigungen der Kommission müssen endlich Taten folgen. Wir kämpfen weiter!

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»Ist es in der heutigen Zeit noch richtig, dass nur das Älterwerden eine Voraussetzung dafür ist, mehr Lohn und Gehalt zu bekommen?«



Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP)

Der Jänner war der Monat der Grundsatzzreden – auch der des Finanzministers Hans Jörg Schelling. Er schlägt u. a. vor, die automatischen Lohnzuwächse für ältere ArbeitnehmerInnen zu überdenken. „Bei den Einkommen Älterer ansetzen, das wird nicht viel bringen, jedenfalls nicht mehr Jobs für diese Generation“, sagt Bernhard Achitz,

Leitender Sekretär des ÖGB. Die Theorie, dass das Senioritätsprinzip daran schuld ist, dass Ältere mehr verdienen und weniger Arbeitsplätze bekommen, wurde außerdem durch eine IHS-Studie widerlegt. Klar ist auch, dass die Löhne und Gehälter nicht überall höher ausfallen, etwa im Arbeiter- und Ungelernten-Bereich.

ERICH FOGLAR, ÖGB-Präsident, über Arbeitszeitflexibilisierung

FLEXIBILITÄT DARF KEINE EINBAHNSTRASSE SEIN!

© Michael Mazohl



Arbeitszeit und Entlohnung sind die Eckpfeiler jedes Arbeits- und Kollektivvertrags und gehören damit zu den Kernthemen einer Gewerkschaft. Die letzte gesetzliche Arbeitszeitverkürzung wurde 1975 beschlossen. Damals habe ich meine Lehrzeit beendet und miterlebt, wie die letzte Etappe der Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 40 Stunden erfolgte. Ein zweiter großer Schritt ist 1986 gelungen, als in vielen Kollektivverträgen eine Reduktion auf 36 bis 39 Stunden durchgesetzt werden konnte. Seitdem ist die Produktivität enorm gestiegen. Aber diese Produktivitätsfortschritte entsprechend in Arbeitszeitverkürzung umzuleiten, scheiterte bislang am Widerstand der Arbeitgeber. Was wir derzeit erleben, ist eine Form der Arbeitszeitverkürzung, die in hohem Maße zulasten der arbeitenden Menschen und besonders der Frauen geht – die enorme Steigerung von Teilzeitbeschäftigung. Die Nachteile von Teilzeitarbeit

liegen auf der Hand: sinkende Reallöhne, niedrigere Pensionsansprüche und damit verbunden Altersarmut.

Für die Gewerkschaft ist klar: Wir sind für jede Form der Flexibilisierung zu haben, wenn sie auf Augenhöhe zwischen

»ArbeitnehmerInnen müssen von einer Flexibilisierung profitieren.«

Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen vereinbart und nicht einseitig diktiert wird. Für den ÖGB hat der Gesundheitsschutz oberste Priorität. Dass überlange Arbeitszeiten zu – immer häufiger auch psychischen – Erkrankungen führen, ist hinlänglich bewiesen. Wir bestehen außerdem darauf, dass es zu keiner Kürzung des Entgelts kommt, auf die Zeitsouveränität der ArbeitnehmerInnen und auf klare Regeln der Mitbestimmung, die sicherstellen, dass Flexibilisierung nicht nur den Unternehmen, sondern auch den ArbeitnehmerInnen zugutekommt.

KURZ UND BÜNDIG



© 123rf.com

ARBEITSINSPEKTORAT – PEEPSHOW IM BEAUTY-SALON?

Eine Beauty-Salon-Besitzerin postete auf Facebook ihren Ärger über eine Kontrolle des Arbeitsinspektorats. Sie behauptete, es hätte angeordnet, „Intim-Enthaarungen nur in Räumen mit Fenstern ins Freie durchzuführen“. Klingt lustig, in Wirklichkeit gab es aber ernsthafte Beanstandungen, zum Beispiel war kein Notausgang vorhanden (mehr Info: <https://goo.gl/hT0dxj>). ArbeitnehmerInnenschutz ist kein Jux und keine Schikane, sondern wichtig, um Leben und Gesundheit der Beschäftigten zu sichern. Erfolgreich: Seit Einführung des entsprechenden Gesetzes im Jahr 1995 gibt es um ein Drittel weniger Arbeitsunfälle.



© 123rf.com

AK-WERTSCHÖPFUNGS-BAROMETER 2015

Seit 2005 wurden die durchschnittlichen Gewinnauszahlungen an die EigentümerInnen pro ArbeitnehmerIn nominell um rund 50,6 Prozent gesteigert, also rund 2,5-mal so stark wie der Personalaufwand pro ArbeitnehmerIn. Im Vorjahr sind die Gewinnauszahlungen pro ArbeitnehmerIn sogar 5,2-mal so stark angestiegen wie der Personalaufwand. Gewerkschaften und Arbeiterkammer fordern Unternehmen auf, das erwirtschaftete Geld nicht nur zu verwenden, um es an EigentümerInnen auszuschütten, sondern es verstärkt in Innovationen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu investieren.

Zu Risiken und Nebenwirkung fragen Sie ...

- Frauen sind anders krank als Männer – wie das Geschlecht unsere Gesundheit bestimmt.
- Viele Substanzen am Arbeitsplatz können Krebs verursachen.

Text: Alexa Jirez, Florian Kräftner/Foto: 123rf.com



Erlichterter Wiedereinstieg nach langem Krankenstand – hinter dieser sperrigen Bezeichnung steckt eine seit heuer bestehende Regelung: Schwer erkrankten ArbeitnehmerInnen soll die Rückkehr ins Arbeitsleben erleichtert werden. Sie können in Teilzeit wieder zu arbeiten beginnen und erhalten – neben dem Lohn/Gehalt für die geleistete Arbeit – ein aliquotes Krankengeld (siehe Kasten unten). Neben Menschen mit psychischen Erkrankungen soll das zum Beispiel ArbeitnehmerInnen, die an Krebs erkrankt sind, ermöglichen, dass sie den Anschluss ans Arbeitsleben leichter wiederfinden. „Ein wichtiger Schritt“, sagt ÖGB-Arbeitsgesundheitsexpertin Ingrid Reifinger, „aber gegen arbeitsbedingte Krebserkrankungen braucht es verstärkt vorbeugende Maßnahmen, damit sie gar nicht erst entstehen. Hier sind deutlich strengere Regeln nötig. Denn die meisten Krebserkrankungen, die durch Belastungen am Arbeitsplatz, zum Beispiel durch Chemikalien, ausgelöst werden, treten erst nach vielen Jahren auf, oft erst, wenn die Betroffenen in Pension sind und der Wiedereinstieg ins Arbeitsleben ohnehin kein Thema mehr ist“. Holzstaub kann langfristig Krebs im Nasenbereich auslösen, das Mesotheliom (Krebserkrankung des Rippenfalls) kommt meist von Asbest, bestimmte Lösungsmittel können zu Nierenkarzinomen führen.

Krebs durch Arbeitsplatz

In der EU sterben laut einer Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) jedes Jahr mehr als 100.000 Menschen an arbeitsbedingten Krebserkrankungen, in Österreich sind es rund 1.820 Tote pro Jahr. „Viele davon könnten wir vermeiden, wenn wir in Österreich strengere Grenzwerte für krebserregende Substanzen hätten“, so Reifinger. Der ÖGB tritt deshalb für eine Systemumstellung auf risikobasierte Grenzwerte ein, wie das zum Beispiel in Deutschland und in den Niederlanden bereits gesche-

„DRITTRAUCH“?

In Räumen, in denen geraucht wird, ist man ständig den schädlichen, im Tabakrauch enthaltenen Stoffen ausgesetzt. Sogar dann noch, wenn dort gerade nicht geraucht wird. Deshalb gefährdet auch „kalter“ Rauch die Gesundheit. Passivrauchen ist in jedem Fall gesundheitsgefährdend, es gibt keine unbedenkliche oder unschädliche Dosis.

Aktuelle Studien für die Gastronomie haben gezeigt, dass selbst die Einrichtung räumlich getrennter RaucherInnen- und NichtraucherInnenbereiche nicht ausreichend ist, um eine Gesundheitsgefährdung von Gästen, besonders aber auch der Beschäftigten zu vermeiden. Deswegen wird ab 1. Mai 2018 in Österreichs Gastronomie ein uneingeschränktes Rauchverbot gelten. Mehr Infos gibt es in der Lösungswelt [gesundearbeit.at: https://goo.gl/L22Eec](https://goo.gl/L22Eec).



hen ist. „Ausschlaggebend muss sein: Wie hoch ist statistisch gesehen das Risiko, an Krebs zu erkranken, wenn jemand über 40 Jahre hinweg mit krebserregenden Substanzen arbeitet“, sagt Reifinger. In Deutschland, Frankreich und Polen wurde das System bereits umgestellt. „Auch in Österreich müssen wir uns die Frage stellen, wie viele arbeitsbedingte Krebstote die Gesellschaft akzeptieren will.“ Deutschland hat sich bis 2018 folgendes Ziel gesetzt: Unter 25.000 ArbeitnehmerInnen, die auf 40 Berufsjahre gerechnet krebserzeugenden Stoffen ausgesetzt waren, darf im Durchschnitt nicht mehr als eine/r an arbeitsbedingtem Krebs erkranken. Mehr zu Krebs und Arbeit: www.gesundearbeit.at.

Gemeint ist: Eine/r zusätzlich zu denen, die aufgrund anderer Risiken wie genetischer Vorbestimmung, Umgebungsbedingungen, Rauchen, Passivrauchen

oder auch Drittrauchen (siehe Kasten oben) an Krebs erkranken. So weit, so bekannt. Was aber viele nicht wissen: Auch das Geschlecht ist ausschlaggebend – und entsprechend muss auch die Medizin bei Frauen und Männern unterschiedlich ansetzen. Gender-Medizinerin Alexandra Kautzky-Willer von der MedUni Wien ist für ihre Forschung zu diesem Thema soeben zur Forscherin des Jahres ernannt worden.

Nicht nur kleine Unterschiede

Bei Gendermedizin geht es um eine Betrachtung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen auf naturwissenschaftlicher Basis. „Gleichberechtigung heißt, dass nicht jeder die gleiche, sondern jeder die bestmögliche Behandlung bekommt“, so Kautzky-Willer. Dazu untersuchen GendermedizinerInnen die sozialen, psychischen und biologischen

TEILZEIT NACH LANGEM KRANKENSTAND – DIE ECKPUNKTE

Nach einem mindestens sechswöchigen ununterbrochenen Krankenstand und nach festgestellter voller Arbeitsfähigkeit kann dem Arbeitnehmer/der Arbeitnehmerin für bis zu sechs Monaten eine „Wiedereingliederungsteilzeit“ ermöglicht werden. Freiwilligkeit ist Voraussetzung. Die Arbeitszeit wird auf die Hälfte bis drei Viertel reduziert. Als Ausgleich des Einkommensverlustes bekommt man ein Wiedereingliederungsgeld von der Gebietskrankenkasse. Die Höhe entspricht der des anteiligen Krankengeldes. Das bedeutet etwa: Ist eine wöchentliche Arbeitszeit von 70 Prozent der Arbeitszeit vor der Erkrankung vereinbart, gibt es – zusätzlich zu 70 Prozent vom Vollzeitlohn/-gehalt – 30 Prozent des vollen Krankengelds als Wiedereingliederungsgeld.

Beratung für ArbeitnehmerInnen und Betriebe: www.fit2work.at



Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Zum Beispiel verlaufen Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Männern anders als bei Frauen. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede beginnen bereits bei der Erstellung einer Diagnose: Frauen gehen eher zum Allgemeinmediziner, Männer werden meist direkt an den Facharzt überwiesen. Frauen brauchen mehr Zeit, um ihre Symptome zu beschreiben. Dadurch werden Erkrankungen eher als psychisch betrachtet und Antidepressiva verschrieben, obwohl beispielsweise ein Herzleiden vorliegt. Kautzky-Willer hat auch festgestellt, dass Männer eher in den Genuss von Spitzenmedizin kommen und weltweit deutlich häufiger Nieren- oder Herztransplantationen erhalten, obwohl diese Erkrankungen gleich viele Männer wie Frauen betreffen.

Ein echter „Klassiker“ der Gender-Medizin ist der Herzinfarkt. Hier äußern sich die Beschwerden bei Männern und Frauen sehr unterschiedlich. Es ist schon länger bekannt, dass Frauen oft falsch diagnostiziert werden, weil sie den für den Herzinfarkt typischen Brustschmerz nicht haben. Bei Frauen macht sich ein Herzinfarkt häufig durch „unspezifische“ Symptome wie Übelkeit, Erbrechen oder Kurzatmigkeit bemerkbar.

Wirkung und Nebenwirkung

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten. Früher wurden Medikamente im Rahmen von Studien ausschließlich an Männern oder männlichen Versuchstieren getestet. Stoffwechsel und Sexualhormone haben aber unterschiedliche Auswirkungen auf den Wirkstoff eines Medikaments. So müsste man die Dosis vieler Arzneimittel auch abhängig vom Geschlecht berechnen. Vor und nach der Menopause reagiert der weibliche Körper unterschiedlich auf Medikamente. Sogar in der ersten und zweiten Zyklushälfte jeden Monats gibt es Unterschiede. Diese

ERSTE PROFESSORIN FÜR GENDER-MEDIZIN IN ÖSTERREICH

Alexandra Kautzky-Willer (geb. 1962 in Wien) ist eine österreichische Fachärztin für Innere Medizin und seit 2010 Professorin für Gender-Medizin an der Medizinischen Universität Wien. Ausgehend von ihren Spezialgebieten Hormone und Stoffwechsel hat sich die Internistin zunehmend der geschlechtsspezifischen Medizin zugewandt und wurde Anfang 2010 zur ersten Professorin für Gendermedizin in Österreich an der Medizinischen Universität Wien bestellt.

In den vergangenen Jahren habe es „wesentliche Fortschritte“ bei der Beachtung des Faktors „Geschlecht“ gegeben: Im Medizinstudium sei Gender-Medizin fix im Lehrplan integriert, es gebe viele Aktivitäten im Bereich postgraduelle Ausbildung, etwa den europaweit ersten Universitätslehrgang für Gendermedizin oder als niederschwelliges Ausbildungsangebot ein Diplom der Ärztekammer für Gendermedizin.



komplexen Zusammenhänge sind auch der Grund dafür, dass man lieber Männer als Versuchspersonen nimmt.

Mehr Bewusstseinsbildung

Hier kommt es zwar langsam zu einem Bewusstseinswandel, aber es ist noch immer viel zu tun: In den USA hat die Arzneimittelkommission bei einem Schlafmittel verordnet, dass Frauen nur die halbe Dosis bekommen müssen, weil sonst die Konzentration im Blut zu hoch ist. Ein anderes Medikament für Diabetiker hat im Beipackzettel angegeben, dass es durch die vermehrte Glukoseausscheidung über den Harn öfter bei Frauen zu Harnwegsinfekten oder Pilzinfektionen kommen kann. Von „halbe/

halbe“ bei Studienreihen ist man noch weit entfernt – das liegt übrigens nicht an einem Mangel weiblicher Freiwilliger.

Auch bei Laborversuchen mit weiblichen Versuchspersonen gibt es noch reichlich Aufholbedarf. Beim Rauchen bzw. der Prävention gibt es ebenfalls geschlechtsspezifische Unterschiede (siehe Interview auf Seite 7). Raucherinnen, die die Pille nehmen, haben ein höheres Brustkrebsrisiko – hier muss auch die Bewusstseinsarbeit bei Mädchen und jungen Frauen ansetzen.

WEBTIPP: Arbeitsbedingte Krebserkrankungen – Broschüre des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI):

<https://goo.gl/etNvFI>

EU-KOMMISSION: GRENZWERTE FÜR CHEMIKALIEN

Die EU-Kommission will Menschen an ihrem Arbeitsplatz besser vor Krebsgefahren schützen. Sie legt deshalb Grenzwerte für sieben weitere Chemikalien fest. Seit 2008 ist die Zahl der tödlich am Arbeitsplatz verunglückten Menschen um fast ein Viertel zurückgegangen. Der Anteil der ArbeitnehmerInnen, die arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme meldeten, ist um fast zehn Prozent gesunken. Dennoch sterben jährlich circa 160.000 EuropäerInnen an Krankheiten, die in Verbindung mit ihrer Arbeit stehen. Die neuen Grenzwerte für weitere krebserregende Stoffe sollen laut EU-Kommission in den nächsten Jahrzehnten mehr als 90.000 Krebsfälle und Hunderte Todesfälle sowie Gesundheitskosten in Milliardenhöhe vermeiden.



Reguliert werden u. a. verunreinigte Schmieröle, die Hautkrebs verursachen können. Auf der Liste stehen darüber hinaus auch Chemikalien wie Trichlorethen, mehrere Ethylene, Diaminodiphenylmethan oder Epichlorhydrin. Diese Stoffe werden in der chemischen Industrie sowie bei der Herstellung von Papier, Plastik und Schaumstoffen benutzt.



SABINE OBERHAUSER, Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, über Gender-Medizin, arbeitsbedingte Krebserkrankungen und Rauchverbot.

Solidarität: *Das Wichtigste zuerst: Wie geht es dir, liebe Sabine?*

Sabine Oberhauser: Danke! Mal besser, mal schlechter. Mit einer positiven Einstellung ist aber alles um einiges leichter!

Die Wissenschaftlerin des Jahres 2016, Alexandra Kautzky-Willer, ist Gender-Medizinerin. Inwiefern ist diese eher junge Disziplin von Bedeutung?

Oberhauser: Der Gender-Medizin haben wir es zu verdanken, dass geschlechterspezifische Unterschiede im Gesundheitsverhalten und in der medizinischen Praxis stärker wahrgenommen und vor allem ernst genommen werden. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass Alexandra Kautzky-Willer für ihre Vorreiterrolle in Österreich ausgezeichnet wurde.

Stichwort Krebsvorsorge: Welche Entwicklungen bei den arbeitsbedingten Krebserkrankungen lassen sich in den letzten Jahren beobachten?

Oberhauser: Die Asbestexposition zählt nach wie vor zur häufigsten Ursache arbeitsbedingter Krebserkrankungen. Der Wissensstand verbessert sich aber und seit 1990 sind in Österreich die Herstellung und das Inverkehrbringen von Asbest und asbesthaltigen Produkten verboten. Momentan ist die Zahl der asbestbedingten Berufserkrankungen

rückläufig, allerdings könnte sie noch ansteigen – das liegt an der langen Latenzzeit von 30 bis 40 Jahren. Asbest wurde ja gerade in den 1960ern und 1970ern gerne verwendet.

Gerade bei Krebserkrankungen spielt ja auch der Lebensstil eine Rolle: Hältst du den Vorschlag, ein Rauchverbot für unter 18-Jährige zu erlassen, für sinnvoll und wenn ja, warum?

Oberhauser: Ja, wobei ich denke, dass ein Rauchverbot alleine nicht ausreicht. Wir müssen verstärkt auf Präventionsarbeit setzen – so wie mit unserer Tabakpräventionskampagne „Leb dein Leben. Ohne Rauch. YOLO!“. Durch solche Angebote können sich Jugendliche auf Augenhöhe mit Themen wie Nichtrauchen und Nikotinabhängigkeit auseinandersetzen. Lange Zeit waren beim Rauchen die Mädchen auf der Überholspur, da sollte man sich genauer anschauen, wo die Gründe dafür liegen, und überlegen, ob und welche genderspezifischen Maßnahmen wirksam sein könnten. Oft sind die negativen Folgen zu wenig bewusst bzw. die Faktoren, die das Gesundheitsrisiko noch weiter erhöhen können, wie etwa die Einnahme der Anti-Baby-Pille.

WEBTIPP: www.yolo.at

ACHT MÄNNER UND DER REST DER WELT



Diese Zahlen muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 2016 konnten nach Berechnungen der internationalen Entwicklungshilfeorganisation Oxfam acht Männer so viel Besitz anhäufen, dass sie über mehr Vermögen verfügen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das, dass sie zusammen 426 Milliarden US-Dollar besitzen, während die ärmere Hälfte, also 3,6 Milliarden Menschen, sich 409 Milliarden US-Dollar (399,59 Mrd. Euro) „teilen“ müssten.

»Politik muss konsequent gegen Steuerflüchtlinge vorgehen.«

Jetzt wird natürlich damit argumentiert, dass Reichtum auf Leistung beruhe und „erarbeitet“ würde. Im Fall von Microsoft-Chef Bill Gates, Zara-Gründer Amancio Ortega, dem Investor Warren Buffett, dem mexikanischen Telekommunikationsgiganten Carlos Slim, Amazon-Boss Jeff Bezos, Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, Oracle-Chef Larry Ellison und US-Medienunternehmer Michael Bloomberg verhält es sich allerdings nicht so. Sie haben ihr Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit erwirtschaftet – durch brutale und systematische Steuervermeidung. Diese Geschäftspraktiken stellen uns vor Herausforderungen, mit denen wir in dieser Dimension noch nicht konfrontiert waren. Aber eines steht fest: Die Politik muss national und international konsequent gegen Steuerflüchtlinge vorgehen. Mit dem ewiggestrigen, ideologisch motivierten Nein zu jeder Art von neuer Steuer werden wir der wachsenden Ungerechtigkeit allerdings nicht beikommen.

Alexa Jirez, Chefredakteurin
Ihre Meinung interessiert uns:
soli@oegb.at

FÜRS VORSORGEN IST ES NIE ZU FRÜH.



PAUL PECH EMPFIEHLT:
Unsere Vorsorge PLUS INVEST.

[f/wienerstaedtische](https://www.facebook.com/wienerstaedtische)
IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER 
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP



Die zweite Chance

Sozialökonomische Betriebe helfen Arbeitssuchenden beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt.



© AK Burgenland

IM DEZEMBER 2016 waren im Burgenland fast 4.500 Menschen über 50 Jahre auf Arbeitssuche. 1.900 von ihnen sind bereits seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Für sie wird es immer schwieriger, im Arbeitsprozess wieder Fuß zu fassen. Sozialökonomische Projekte bzw. Betriebe im Burgenland sollen helfen.

Unterstützung und Vorbereitung

Das AMS Burgenland hat vor zwei Jahren das bfi Burgenland beauftragt,

zwei solcher Betriebe zu gründen. In Oberwart, Eisenstadt und Mattersburg haben sogenannte arbeitsferne Personen ein Jahr lang die Möglichkeit, unter wirtschaftsnahen Bedingungen zu arbeiten und sich so auf den „richtigen“ Arbeitsmarkt vorzubereiten. Es handelt sich dabei um eine Kantine sowie einen Haus- und Gartenservice. Insgesamt werden bis zu 20 Personen beschäftigt.

Bereits seit 1999 gibt es das sozialökonomische Projekt „Mein Laden“ in Mattersburg. Hier arbeiten bis zu 14 Männer und Frauen. Dieses Projekt ist auch ein Secondhand-Laden, in dem gespendete und gut erhaltene Waren günstig angeboten werden. Kleidung, Möbel und Haushaltswaren werden aufbereitet und so umverteilt. Menschen, die hier einkaufen, unterstützen mit ihrem Einkauf das Projekt, das für Menschen arbeitet, die es nicht immer leicht gehabt haben. Menschen mit wenig Einkommen erhalten eine VIP-

Stammkundenkarte und bekommen zusätzlich 20 Prozent Ermäßigung. Neu in der Angebotspalette von „Mein Laden“ ist die Übersiedlungs- und Entrümpelungshilfe. All diese Projekte müssen Eigenerlöse erwirtschaften. Zusätzlich gefördert werden sie vom AMS und vom Land Burgenland.

www.mein-laden.at

TERMINE FÜR REGIONALKONFERENZEN

- ♦ ÖGB-Region Oberwart-Oberpullendorf: 25. März 2017
- ♦ ÖGB-Region Neusiedl: 1. April 2017
- ♦ ÖGB-Region Güssing-Jennersdorf: 22. April 2017
- ♦ ÖGB-Region Eisenstadt-Mattersburg: 13. April 2017
- ♦ ÖGB-Landeskonferenz 10. Juni 2017

www.oegb.at/bgld

KOMMENTAR /// Wolfgang Jerusalem, ÖGB-Landesvorsitzender Burgenland

FACHARBEITERMANGEL IST HAUSGEMACHT



© ÖGB Burgenland

Das Burgenland liegt bei den Beschäftigungszahlen auf Erfolgskurs. Über den Jahresschnitt 2016 gerechnet, gab es rund 100.000 Beschäftigte. Das Ziel für 2017 hat sich die Landespolitik bei 101.000 Beschäftigten gesetzt. Im Dezember 2016 suchten rund 13.000 Menschen im Burgenland einen Arbeitsplatz. Das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 11,8 Prozent – Tendenz leicht sinkend. So weit die Zahlen. Ohne Arbeit zu sein bedeutet nicht nur

den Verlust des gesellschaftlichen Lebens, sondern ist häufig auch mit Schuldgefühlen, Scham und mit dem Verlust des Selbstwerts verbunden. Und Arbeitslosigkeit geht auch oft mit Armut einher. Diese Menschen haben es schwer genug und brauchen daher keine Diskussion über das Kürzen der Mindestsicherung oder über eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen. Denn nicht das „zu hohe“ Arbeitslosengeld ist schuld daran, dass so viele BurgenländerInnen keine Arbeit finden.

Zum einen ist es die Tatsache, dass diesen 13.000 Arbeitslosen lediglich 600 of-

fene Stellen im Burgenland zur Verfügung stehen. Zum anderen ist es zum Beispiel einem arbeitssuchenden Koch aus dem Burgenland nicht zumutbar, dass er für 1.600 Euro brutto nach Tirol oder Vorarlberg pendelt, wenn seine Familie im Burgenland lebt. Vielleicht sollten sich hier die Arbeitgeber an der Nase nehmen und den gut ausgebildeten Fachkräften lukrativere Angebote machen.

Denn nur wer gut zahlt, bekommt auch gutes Personal, und der Personalmangel im Westen des Landes zum Beginn der Wintersaison wäre vielleicht mit Menschen aus ebendiesen Bundesländern zu beheben.

„KEIN GRUND ZUM VERSTECKEN“

ÖGB-Mitglieder erzählen, warum sie der Gewerkschaft beigetreten sind und welche Erwartungen sie haben.

Text: Carmen Janko, Amela Muratovic /// Fotos: Barbara Kratzer, Gabor Bota (gbphoto.at)

Solidarität: Wie sind Sie zur Gewerkschaft gekommen?

Sabina Abdel-Kader: Eigentlich untypisch. Mein Vater war in einer Gewerkschaft aktiv und ich bin sozusagen bereits von Kindheit an gewerkschaftlich geprägt.

Also sind Sie schon lange ÖGB-Mitglied?

Abdel-Kader: Das stimmt nicht ganz. Meine Mitgliedschaft weist eine lange Unterbrechung zwischen 2007 und 2016 auf.

Was war der Auslöser für Ihren Austritt?

Abdel-Kader: Der Bawag-Skandal. Der Austritt sollte ein Denktzettel für die Gewerkschaft sein.

Im Oktober 2016 sind Sie wieder beigetreten. Wieso haben Sie Ihre Meinung nun geändert?

Abdel-Kader: Die Enttäuschung während der Bawag-Krise war zwar sehr groß, aber eines ist schon klar: Ohne die Gewerkschaften hätten wir vieles nicht, wie etwa das 13. und 14. Monatsgehalt. Auch hat der ÖGB unter der neuen Führung die Lohnsteuersenkung erkämpft. Ich möchte die Gewerkschaft, aber auch die ganz jungen KollegInnen bei ihren zukünftigen Herausforderungen unterstützen. Wir brauchen eine starke Community, die sich für die Beschäftigten einsetzt. Mein Wiederbeitritt ist somit auch ein Solidaritätsbeitrag.

War die Lohnsteuersenkung ein großes Thema im Betrieb?

Abdel-Kader: Klar wurde darüber gesprochen – nicht nur im Betrieb – und alle haben sich gefreut. Leider stelle ich aber immer wieder fest, dass vielen Menschen nach wie vor nicht bewusst ist, dass der ÖGB und die Gewerkschaften hinter den zahlreichen Erfolgen stehen.

Wie kann man das Ihrer Meinung nach ändern?

Abdel-Kader: Einfach in den Betrieben mehr informieren. Wir haben ein sehr engagiertes Betriebsrats-team. Das führt verschiedenste Befragungen durch, stellt interessante Infos online und legt immer wieder

neue Broschüren auf. So kam auch mein Wiederbeitritt ins Laufen, der Betriebsrat hatte eine ÖGB-Infobroschüre zur Verfügung gestellt.

Stichwort: Arbeitszeit und Mindestlohn. Was erwarten Sie sich hier?

Abdel-Kader: Der Einsatz für eine gerechte Entlohnung ist wichtiger als eine Debatte über die Arbeitszeitflexibilisierung. Flexibel sind wir jetzt schon. Die Menschen brauchen ein gerechtes Einkommen. Die Preise steigen und die Mieten sind sehr hoch. Besonders Pensionistinnen, die früher in Teilzeit gearbeitet haben, leiden. In diesem Bereich erwarte ich mir mehr Einsatz.

Welche Vorteile hat eine ÖGB-Mitgliedschaft für Sie?

Abdel-Kader: Wir dürfen nicht vergessen, dass jährlich KV-Verhandlungen geführt werden, von denen wir profitieren. Weiters kann ich, wenn notwendig, eine Pensions- oder Rechtsberatung in Anspruch nehmen. Ich freue mich auch über Ermäßigungen für Theater und Konzerte.

Waren Sie jemals auf die Unterstützung der Gewerkschaft angewiesen?

Abdel-Kader: Nein, bisher nicht. Bei uns im Betrieb sind alle sehr loyal und kollegial. Wenn ich aber an meinen ersten Job denke, da wäre vielleicht einiges anders abgelaufen, wenn ich Mitglied gewesen wäre und wir einen Betriebsrat gehabt hätten. Aufgrund von Umstrukturierungen fiel mein Job weg und da ich keine andere Wahl hatte, musste ich die einvernehmliche Kündigung unterschreiben.

Welchen Tipp würden Sie dem ÖGB und den Gewerkschaften für die Zukunft mitgeben?

Abdel-Kader: Alles was sie bisher erreicht haben, sind tolle Errungenschaften, für die man sich nicht verstecken muss. Ganz im Gegenteil: die Menschen, vor allem die Beschäftigten im Betrieb, viel stärker über die Arbeit des ÖGB informieren.



Solidarität: Wie kamen Sie zur Gewerkschaft?

Haslinglehner: Am ersten Tag im Betrieb wurden uns die Aufgaben und Zuständigkeiten der Gewerkschaft erklärt, danach habe ich mich entschieden, beizutreten.

Warum ist es wichtig, bei der Gewerkschaft zu sein?

Haslinglehner: Schon die Aussage von meinem Ausbilder, sie seien diejenigen, die für unser Geld kämpfen, hat mich überzeugt. Es ist das Gesamtpaket: Die Gewerkschaft verhandelt, wie viel man mindestens verdienen muss, wie mein Lehrvertrag aussieht, und sie hat den bezahlten Urlaub erkämpft. Ich sehe nur Vorteile.

Was erwarten Sie von der Gewerkschaft?

Haslinglehner: Ich wünsche mir mehr Unterstützung für die Gewerkschaftsjugend. Wir hatten in der Lehre zwar einen Jugendvertrauensrat, der uns gut informierte, jemand von der Gewerkschaft war auch in der Berufsschule. Aber ich glaube, dass die Gewerkschaftsjugend noch viel mehr in den Betrieben und in den Lehrwerkstätten informieren sollte. Die Gewerkschaft sollte sich außerdem verstärkt um Gruppen kümmern, die nicht so gute Arbeitsbedingungen und Einkommen haben, wie etwa die Friseure. Wichtig ist auch ein Mindestlohn von 1.700 Euro. Und obwohl es sinnvoll ist, manche Berufsgruppen zu schützen, würde ich mir flexiblere Arbeitszeiten wünschen. Überstunden müssen natürlich Überstunden bleiben und auch entsprechend bezahlt werden, sonst haben wir ArbeitnehmerInnen ja nichts davon.

Wie sehen Sie die Lage von Jugendlichen am Arbeitsmarkt?

Haslinglehner: Wenn man im Bekanntenkreis hört, dass



manche Lehrlinge nur Putzdienst machen, statt den Beruf zu lernen, schadet das dem Image, und das ist ein Problem, dagegen muss man vorgehen. Wenn sich immer weniger Jugendliche für eine Lehre entscheiden, führt das zu einem Mangel an Facharbeitern. Aber es sind nicht alle Firmen so. Gerade in Lehrwerkstätten kümmern sich Ausbilder, dass man eine ordentliche Ausbildung bekommt. Bereits in der Schule sollte ermöglicht werden, sich viele Betriebe und Berufe anzuschauen, um sich selbst ein Bild zu machen. Dann sind Lehrlinge nicht nur auf Erzählungen und Vorurteile angewiesen.

Wie können Jugendliche noch unterstützt werden?

Haslinglehner: Alle Lehrlinge sollten das Berufsschulinternat bezahlt bekommen. Jetzt zahlen das viele aus der eigenen Tasche. Bei uns hat das laut Kollektivvertrag die Firma übernommen. Ich hätte mir das auch nicht leisten können, ich hätte einen Kredit bei der Bank aufnehmen müssen. Es sollte geregelt werden, dass diese Kosten für jeden Lehrling von der Firma übernommen werden.

Welche Angebote der Gewerkschaft kennen bzw. nützen Sie?

Haslinglehner: Die Rechtsberatung habe ich noch nie gebraucht, weil an meinem Arbeitsplatz zum Glück alles passt. Dass es ermäßigte Skikarten gibt, finde ich cool.

Wie sieht ein idealer Arbeitsplatz für Sie aus?

Haslinglehner: Natürlich kann man immer etwas verbessern, aber bei mir in der Arbeit ist es ziemlich perfekt. Wir haben ein gutes Arbeitsklima, die älteren Kollegen bringen mir viel bei, das Geld stimmt, die Ausrüstung ist gut und wir können Kurse und Weiterbildungen machen.

Was würde Ihnen ohne Gewerkschaft fehlen?

Haslinglehner: Der Kollektivvertrag, Geld, bezahlter Urlaub.

INFOS ZU DEN PERSONEN

Die 55-jährige **Sabina Abdel-Kader** ist beim FWF – Der Wissenschaftsfonds in der administrativen Projektbetreuung tätig.

Thomas Haslinglehner, 20 Jahre alt, ist Elektroenergie-techniker bei der Energie AG (Außenstelle Großbraming).



© 123rf.com

WAS IST UNS DIE ARBEIT WERT?

Der ÖGB fordert eine Generalvereinbarung, um in einer ersten Etappe 1.500 Euro brutto Mindestlohn und in weiterer Folge 1.700 Euro brutto für alle zu erreichen.

Jährlich steigen die Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnen: Das monatliche Einkommen reicht bei vielen Menschen nur knapp zum Leben, und das trotz einer Vollzeitbeschäftigung. „In Österreich haben rund 420.000 Menschen einen Mindestlohn von weniger als 1.700 Euro brutto, davon sind 300.000 unter 1.500 Euro brutto“, erklärt ÖGB-Präsident Erich Foglar. Daher steht die Forderung nach einem Mindestlohn von 1.500 brutto für alle Branchen, mit der Bundeskanzler Christian Kern Mitte Jänner für Diskussionsstoff sorgte, im Einklang mit den ÖGB-Zielen: Der Mindestlohn ist eines der Kernanliegen der Gewerkschaften und der ÖGB strebt eine soziale Vereinbarung für einen Stufenplan mit den Sozialpartnern, um etappenweise einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto zu erzielen.

Konzentrierte Aktion

„Der Weg zum 1.700-Euro-Ziel kann aber nur über 1.500 Euro führen. Das bedeutet, dass zuerst jene Lohngruppen, die unter 1.500 Euro brutto liegen, in einer ersten Etappe verstärkt nach-

ziehen sollten, damit wir dann in einem zweiten Schritt 1.700 Euro für alle erreichen“, sagt Foglar. Doch wie soll das funktionieren? Eine „Generalvereinbarung“ bedeutet, dass alle Branchen ersucht werden, diese Forderung prioritär zu behandeln und das Ziel in einer vereinbarten Zeit von zwei oder drei Jahren zu erreichen. Bereits im Jahr 2007 wurde eine solche mit den Sozialpartnerpräsidenten vereinbart, um schrittweise einen Mindestlohn von 1.000 Euro zu erreichen, erklärt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

Mindestlohn im Vergleich

In Österreich sind fast 98 Prozent aller Arbeitsverhältnisse durch Kollektivverträge (KV) geschützt, die Mindestlöhne und -gehälter festlegen. Daher sind gesetzliche Mindestlöhne nicht notwendig, sagt Achitz. Er plädiert für Branchenkollektivverträge. Diese regeln nicht nur Mindestsätze für die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen, sondern auch für die höheren Einkommensstufen. Im Vergleich mit Österreich sind in Deutschland rund 50 Prozent aller ArbeitnehmerInnen von Tarifverträgen erfasst. Hier war die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zum Schutz

der ArbeitnehmerInnen notwendig und wurde auch von den Gewerkschaften gefordert. In Ländern mit ähnlicher Kollektivvertragsdichte wie Österreich, etwa Schweden, gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn. In den KVs wird viel mehr geregelt als allgemein angenommen: etwa die jährlichen Erhöhungen der Löhne und Gehälter, die Einstufungen für bestimmte Verwendungsgruppen, das 13. und 14. Monatsgehalt, Zulagen, Reisekosten oder Arbeitszeit.

Politische Abhängigkeit

Im Zuge der Finanzkrise wurden die gesetzlichen Mindestlöhne in einigen Ländern dramatisch gesenkt. So hat die Regierung in Athen den Mindestlohn aufgrund des internationalen Drucks um 23 Prozent gekürzt. Portugal, Irland, Rumänien und die Tschechische Republik froren ihr Lohnminimum ein. In den USA wurden die gesetzlichen Mindestlöhne zwischen den Jahren 1997 und 2006 gar nicht erhöht. Das zeigt, wie sehr der gesetzliche Mindestlohn von politischen Mehrheiten abhängig ist. Auf die Gewerkschaft hingegen ist immer Verlass und der ÖGB wird nicht locker lassen, bis die höheren Mindestlöhne durchgesetzt sind.

Sozialstaat 4.0

Lösungen wurden präsentiert, um den Sozialstaat für die Zukunft zu sichern.



Automatisierung und Digitalisierung

werden die Arbeitswelt stark verändern. Das bringt auch Herausforderungen mit sich. Um die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Sozialstaats für die Zukunft zu sichern, wurden beim Dialogforum „Sozialstaat 4.0“ Lösungen aufgezeigt.

Rasch gegensteuern

„Investitionen für eine wachsende Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze, ein industriepolitisches Konzept und eine berufliche Qualifikationsoffensive sind wichtiger denn je“, sagte Markus Wieser, ÖGB-NÖ-Vorsitzender und AK-NÖ-Präsident. Wesentlich für den Sozialstaat der Zukunft ist auch eine faire Verteilung von Arbeit durch den Abbau von Überstun-

den. „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist besonders wichtig. Sie gefährdet Existenzen und den Sozialstaat durch steigende Kosten bei sinkenden Beitragsleistungen. Produktivität und Unternehmensgewinne steigen jedoch laufend. Es ist daher für eine gerechte Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Reichtums zu sorgen“, so Wieser weiter.

Sorgen der Menschen

Bundeskanzler Christian Kern betonte: „Wir stellen heute fest, dass die Globalisierung Hunderte Millionen Menschen aus der Armut geführt hat. Die Mittelschicht hat aber immer öfter das Gefühl, dass es sich für sie nicht ausgeht.“ Durch den technologischen Wandel komme zum globalen Wettbewerb, etwa mit Asien, auch noch die Konkurrenz mit Robotern und Maschinen. „Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass alle von dieser Entwicklung profitieren“, sagte Kern. Zudem müsse dafür gesorgt werden, dass alle ihre Steuern bezahlen, anstatt den Ärmsten der Gesellschaft etwas wegzunehmen.

VERANSTALTUNGSTIPP

ÖGB/ÖGfE-Europadialog zu „Arbeit 4.0“

Automatisierung und Digitalisierung finden in Österreich, europa- und weltweit seit Jahrzehnten statt: Durch den Einsatz von Robotern in der Industrie, die Anwendung komplexer Algorithmen in der Finanzbranche oder den Onlinehandel und die damit einhergehenden Produktivitätssteigerungen verändert sich die Arbeitswelt und viele Menschen verlieren ihre Arbeit.

Welche Berufe sich wie verändern könnten, welche neu hinzukommen, welche am stärksten bedroht sind sowie die Schlussfolgerungen für die Aus- und Weiterbildung der Jungen und Berufstätigen diskutieren unter anderem Bundeskanzler Christian Kern, ÖGB-Präsident Erich Foglar, AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-NÖ-Vorsitzender Markus Wieser, DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikation und Arbeitskräftemobilität Marianne Thyssen am 25. April 2017 um 18 Uhr im ArbeitnehmerInnenzentrum St. Pölten beim Dialog Forum Europa – Arbeit 4.0 von ÖGB Niederösterreich, AK Niederösterreich und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

www.oegfe.at

KOMMENTAR /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

NEUJAHRSVORSÄTZE



Am Anfang eines Jahres ist es populär, Neujahrsvorsätze zu formulieren. Als ÖGB nehmen wir uns auch Jahr für Jahr neue Ziele vor und arbeiten hart daran, diese zu erreichen. Wobei unsere tagtägliche Arbeit vor allem darin besteht, viele Detailfragen im Sinne der ArbeitnehmerInnen zu lösen. Für mich steht an erster Stelle die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Österreich

hat eine lange Tradition bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, und dorthin müssen wir zurückfinden. Um das zu gewährleisten, muss das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden. Die 2016 eingeführte und vom ÖGB erkämpfte Lohnsteuersenkung war ein wichtiger Impuls, aber nun müssen weitere Schritte folgen. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, und wir müssen diesen in die Lage versetzen, Beschäftigung zu stimulieren. Das geht nur dann, wenn wir endlich überkommene Austeritätsgedanken

über Bord werfen und massiv öffentlich investieren. Einige Wortmeldungen aus der Bundesregierung lassen hoffen, dass das nun angedacht wird. Das Dogma der schwarzen Null wird immer mehr zu einer Hypothek, die Hunderttausende von Arbeitslosen zu bezahlen haben. Es gibt viele wichtige Investitionsfelder, die schnell für Beschäftigung sorgen würden und mittelfristig weitere Arbeitsplätze schaffen: Stichwort Breitbandausbau im ländlichen Bereich. Davon würde Niederösterreich ganz besonders profitieren.

DER WEG ZUM NEUEN BETRIEBSRAT

Romana Steininger, ÖGB-Expertin, beantwortet die wichtigsten Fragen zur BR-Gründung und -Wahl.

Es ist gut, einen Betriebsrat zu haben. Dieser Ansicht sind Studien zufolge viele ArbeitnehmerInnen und Geschäftsleitungen. Denn viele Regelungen, die bessere Rahmenbedingungen für die Beschäftigten schaffen, sind ohne Betriebsrat gar nicht möglich. Und Unternehmen profitieren, weil sie Konflikte verringern und somit für ein besseres Betriebsklima sorgen. Es gibt also viele Vorteile, aber immer weniger Beschäftigte, die von einem Betriebsrat vertreten werden. In manchen Fällen wird kein Betriebsrat gegründet, weil ArbeitnehmerInnen Angst vor einer Kündigung haben oder nicht wissen, wie die Wahl funktioniert. Darüber sprach die „Solidarität“ mit ÖGB-Expertin Romana Steininger.

Was macht ein Betriebsrat eigentlich?

Romana Steininger: Als Verbindung zwischen den Beschäftigten und der Firmenleitung übernehmen Betriebsräte wichtige Aufgaben und besondere Verantwortung. Nämlich die, sich für die Rechte aller KollegInnen gegenüber den Vorgesetzten einzusetzen. Sie achten auf die Einhaltung von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen. Sie haben das Recht, bei betrieblichen Entscheidungen mitzuwirken, können zum Beispiel auch zu Kündigungen und Entlassungen Stellung nehmen und diese bei Gericht anfechten. Kurz gesagt: Betriebsräte wahren die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen der Beschäftigten. Ihr Vorteil ist, dass sie vor Kündigung geschützt sind, denn nur so können Betriebsrats-



mitglieder konsequent und ohne Angst die Belegschaft vertreten.

Wann kann ein Betriebsrat gegründet werden?

Steininger: Wenn in einem Betrieb dauernd mindestens fünf ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, ist ein Betriebsrat zu wählen. Der/Die älteste Kollege/Kollegin kann die Wahl einberufen. Das gilt für Betriebe aller Art, mit wenigen Ausnahmen wie Behörden. Das Wahlverfahren beginnt mit der Wahl des Wahlvorstands durch die Betriebsversammlung.

Und wenn der/die Älteste keine Versammlung einberufen will?

Steininger: Dann ist das alleine nicht möglich, jedoch kann gemeinsam mit KollegInnen einberufen werden. Und zwar müssen es mindestens so viele sein, wie Betriebsratsmitglieder zu wählen sind. Die Anzahl ist von der Größe der Firma abhängig.

So eine Wahl ist kompliziert – wer hilft?

Steininger: Die Gewerkschaften unterstützen, und es gibt auch online einige Hilfestellungen. Rechtliche Grundlage ist das Arbeitsverfassungsgesetz, da ist der Wahlablauf genau geregelt. Wer vorhat, einen Betriebsrat zu gründen, wendet sich am besten an die zuständige Gewerkschaft.

Was kann man tun, wenn man einen Betriebsrat gründen möchte, aber Angst hat, gekündigt zu werden?

Steininger: Damit das nicht passiert, gibt es den Kündigungsschutz. Das heißt, eine Kündigung wegen einer Einberufung zur Betriebsversammlung ist nicht zulässig. Auch kann in Betrieben, in denen dauernd mindestens 20 ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, die Gewerkschaft oder die Arbeiterkammer zur Betriebsversammlung einberufen.

Für wie lange wird man gewählt?

Steininger: Die Funktionsperiode der Betriebsräte wurde gerade von vier auf fünf Jahre verlängert. Die Neuregelung gilt für alle Betriebsratskörperschaften, die sich ab 1. Jänner 2017 konstituieren. Das entspricht einer langjährigen Forderung von Betriebsratsmitgliedern und ÖGB – jetzt wurde sie endlich umgesetzt.

UNTERSTÜTZUNG

Unter www.oegb.at/gewerkschaften finden Sie alle Kontakte zu den Gewerkschaften, die bei der Wahl unterstützen. Auf www.betriebsraete.at gibt es Infos über und für die Arbeit im Betriebsrat.

GEMEINSAM STÄRKER



BERUFUNG: BETRIEBSRATSMITGLIED

„Soziale Kompetenz, Durchsetzungsvermögen sowie eine fundierte Grundausbildung“ sind für Maria Gluchman die Grundvoraussetzungen für erfolgreiche Arbeit im Betriebsrat. 1993 ist sie aus der Slowakei nach Wien gekommen und hat bei Billa als Regalbetreuerin begonnen, ist dann bis zur Filialleiterin aufgestiegen und wurde 2005 in den Betriebsrat gewählt. Seit 2008 ist sie freigestellt und betreut gemeinsam mit sechs weiteren – nicht freigestellten – Mitgliedern 150 Filialen mit rund 3.000 Beschäftigten in Ostösterreich. Die Mutter von zwei – inzwischen erwachsenen – Kindern ist eine von rund 11.600 Betriebsratsmitgliedern (insgesamt 36.000) in Österreich.

Für Rat suchende KollegInnen hat sie immer „ein offenes Ohr“, aber auch alle Hilfsmittel zur Hand, um „eine gemeinsame Lösung zu finden, zu der die Kollegin oder der Kollege auch steht“. So sind Handy, Laptop, aber auch das „gute, alte Gesetzbuch in Papierform sowie der Notizblock mit Kugelschreiber „ihre ständigen Begleiter“. In ihrem Hauptbüro im Zentrum von Wien ist sie selten anzutreffen, meistens ist sie von Filiale zu Filiale unterwegs. Dazwischen führt sie, inzwischen auch als stellvertretende Betriebsratsvorsitzende sowie im Präsidium des Europäischen Betriebsrats von REWE, Besprechungen und Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. Die Verlängerung der Funktionsperiode von Betriebsräten von vier auf fünf Jahre findet sie sinnvoll. Gluchman: „Wahlen vorzubereiten braucht Zeit. Die kommt nun den KollegInnen zugute.“

GESCHICHTEN, DIE DAS ARBEITSLEBEN SCHREIBT



© ÖGB Burgenland

AGNES TRIMMEL IST seit vielen Jahren die Seele im örtlichen Gemeindeamt. Als Gemeindebedienstete hat sie in ihrem Job viel erlebt. Grund genug für sie, zwei Geschichten aus ihrem Arbeitsleben zu Papier zu bringen und im Buch „Geschichten aus der Arbeitswelt“ zu veröffentlichen. Sie ist eine von 25 AutorInnen, die insgesamt 28 Beiträge verfasst haben. Berichtet wird über schöne Erlebnisse im Beruf, über neue Perspektiven, aber auch über traurige Erfahrungen wie Kündigungen. „Die Geschichten, die sich in der Arbeitswelt zutragen,

werden üblicherweise nicht von HistorikerInnen oder LiteratInnen thematisiert. Arbeiterkammer und ÖGB Burgenland haben es also selbst in die Hand genommen und ArbeitnehmerInnen die Plattform geboten, ihre Geschichten zu erzählen“, erklärt AK-Vizepräsident und ÖGB-Landessekretär Gerhard Michalitsch. Das Buch „Geschichten aus der Arbeitswelt“ ist im Oberwarther Verlag Lex Liszt 12 erschienen. Es ist im Buchhandel, in den AK-Büchereien und in allen AK-Bezirksstellen des Landes zum Preis von 16 Euro erhältlich.

ANLAUFSTELLE FÜR KONSUMENTINNEN

GENEPTTEN KONSUMENTINNEN mit Rat und Tat zur Seite stehen – diese Aufgabe ist in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Im Jahr 2016 verzeichnete die Konsumentenberatung der AK Burgenland mehr als 9.000 Anfragen.

Durch Interventionen konnten für die KonsumentInnen fast 190.000 Euro gesichert werden. Die meisten Anfragen wurden zum Thema Telekommunikation verzeichnet, gefolgt von Versicherungen und Finanzdienstleistungen. „Wir achten nicht nur darauf, dass ArbeitnehmerInnen zu jenem Geld kom-

men, das ihnen zusteht, sondern auch darauf, dass sie als KonsumentInnen nicht über den Tisch gezogen werden“, erklärt AK-Vizepräsident und ÖGB-Landessekretär Gerhard Michalitsch.

Die KonsumentenberaterInnen der Arbeiterkammer treten aber nicht erst dann auf, wenn den KonsumentInnen schon ein Schaden droht, sondern informieren und warnen, wenn neue Fälle und Tricks von gewieften Unternehmern bekannt werden.

Infos und Beratung unter 02682/740 39 61 oder konsumentenberatung@akbgld.at.

EHRUNG FÜR 40 JAHRE



© ÖGB NÖ

Roswitha Lindley trat ihren Dienst für den ÖGB im Juli 1976 an und betreute mit großem Engagement, viel Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft die Anliegen der Mitglieder.

Mit Anfang des Jahres ging sie nun in den wohlverdienten Ruhestand. Im Namen der AK Niederösterreich und des ÖGB Niederösterreich bekam sie von AK-Bezirksstellenleiter (Waidhofen/Thaya) Christian Hemerka, Gewerkschaft-Bau-Holz-Sekretär Andreas Hitz und ÖGB-Niederösterreich-Regionalsekretär Reinhold Schneider eine Urkunde und ein Präsent überreicht.

EINKOMMEN STEIGEN

MIT 1. JÄNNER 2017 ist der neue Kollektivvertrag für rund 400.000 Angestellte und 15.000 Lehrlinge im Handel in Kraft getreten. Die Mindesteinkommen stiegen im Schnitt um 1,35 Prozent bei den Angestellten und bei den Lehrlingen im Schnitt um 5,11 Prozent. Die Mitglieder des ÖGB-Regionalpräsidiums Weinviertel Ost freuen sich über diesen Erfolg bei den Kollektivverhandlungen!



© ÖGB NÖ

INFORMATION UND RAT

Online auf www.oegb.at/noe im Menüpunkt Regionen finden Sie alle Kontaktinformationen und Öffnungszeiten des ÖGB in Niederösterreich.

URLAUB BUCHEN UND DABEI GELD SPAREN



IN VIELEN BEREICHEN muss die Arbeit immer schneller und unter größerem Zeitdruck erledigt werden. Auf Dauer kann das krank machen. Um das zu verhindern, sind regelmäßige Pausen wichtig. Dazu gehört auch, den zustehenden Urlaub zu nehmen und nicht anzusammeln und verfallen zu lassen. Um Ihnen den Urlaub zu versüßen, bieten ÖGB und Gewerkschaften Gewerkschaftsmitgliedern einen Reiseservice mit einem speziellen Vorteil: Wer seinen Urlaub über den ÖGB-Reiseservicepartner bucht, bekommt im Anschluss fünf Prozent vom Reisepreis zurückerstattet. Beispiel: Für einen zweiwöchigen Sommerurlaub mit der Familie zum Gesamtpreis von 2.800 Euro bekommt man 140 Euro zurück.

SO FUNKTIONIERT'S

Den nächsten Urlaub einfach bequem online rund um die Uhr oder per Telefon buchen. Die ExpertInnen der Urlaubs-

plus GmbH beraten wie im Reisebüro und stellen aus den Angeboten von über 350 Reiseveranstaltern die Reise mit Bestpreis-Garantie zusammen.

Der Reisebonus von fünf Prozent erfolgt auf den Gesamtpreis der Reise für alle gebuchten Personen im Folgemonat des Reiseantritts, bei Online-Hotelbuchungen im übernächsten Monat nach Anreise. Die „Solidarität“ wünscht eine angenehme Reise und einen erholsamen Urlaub.

BUCHUNGEN UND WEITERE INFORMATIONEN

- ▶ per Telefon unter: +43 1/205 19 27
- ▶ online: www.urlaubsplus.at/oegb

Weitere Serviceangebote von ÖGB und Gewerkschaften gibt es unter www.mitgliederservice.at.

BUCHTIPP

AUF WELTREISE MIT VIEL GELD UND KAPITALISMUSKRITIK



Macht Geld glücklich? Nun, jedenfalls glücklicher als kein Geld, finden Pia und Julian. Sie füllen Nacht für Nacht Bankomaten nach und verdienen so wenig, dass sie sogar beim Klopapierkaufen sparen müssen. Bis sie mit dem Geld durchbrennen. „Zuerst mussten wir wie Verbrecher denken. Jetzt müssen wir wie Millionäre denken. Das eine ist wie das andere.“ Ihre Fans in den sozialen Medien verehren die eigennützige Enteignung des Bankomatengelds als antikapitalistische

Heldentat. In Österreich können sie nicht bleiben, also leben sie in Italien, Tunesien und schließlich noch viel weiter weg. Neapel, Apulien, Andorra, China, Vietnam sind weitere (fernwehverursachend beschriebene) Schauplätze in diesem so

»FREI
SEIN KONNTE
MAN NUR MIT GELD.
AUF EHRLICHE WEISE KONNTE
MAN WIEDERUM NICHT AN
GELD KOMMEN, ZUMINDEST
NICHT AN SO VIEL, UM FREI ZU
SEIN. SIE WAREN NICHT DAZU
GEBOREN, GELD ZU HABEN.
SIE WAREN ABER DAZU
GEBOREN, FREI ZU
SEIN.«

spannenden wie poetischen Roman, der mehrere Handlungsstränge kunstvoll verknüpft: ein Maler-Star, der gerne Anarchokünstler wäre; Pandababys als politische Botschafter zwischen Schönbrunn und Sichuan. Klingt überfrachtet, liest sich aber sehr plausibel.

Clemens Berger: Im Jahr des Panda. Luchterhand, 672 Seiten, 24,70 Euro
Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Holen Sie sich ihr Geld vom Finanzminister zurück!

Rat und Hilfe bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung bekommen Mitglieder beim ÖGB.



© ÖGB Vorarlberg

Einfach Termin vereinbaren

In Form von Beratungen, Steuersprechtagen und Informationsveranstaltungen unterstützt der ÖGB seine Mitglieder bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung. Wer sich zum Beispiel bei der elektronischen Einreichung über „FinanzOnline“ nicht auskennt und noch keinen Online-Code, der für den Einstieg in das „FinanzOnline“ notwendig ist, hat, kann sich im ÖGB-Servicecenter in Wien (auch telefonisch) Hilfe holen.

Bitte unbedingt beachten: Beratungen können nur nach Terminvereinbarung erfolgen. Der ÖGB Burgenland bietet außerdem jeden ersten Montag im Monat in der Zeit von 9 bis 12 Uhr eine Finanz- und Steuerberatung für PensionistInnen an.

Niemand verzichtet gern auf Geld, schon gar nicht schenkt man es gern dem Finanzminister. Und dennoch passiert es vielen ArbeitnehmerInnen immer wieder, weil sie die ArbeitnehmerInnenveranlagung (Steuerausgleich) nicht machen. Daten der Arbeiterkammer beweisen, dass sich das nicht auszahlt: Denn wer sich die Mühe macht und sich mit dem Antrag auseinandersetzt, wird fast immer mit der Rückzahlung von den zu viel bezahlten Steuern belohnt.

Formular & Online

Die ArbeitnehmerInnenveranlagung kann bis zu fünf Jahre im Nachhinein gemacht werden, die Formulare dafür erhalten Sie bei jedem Finanzamt. Alternativ können die Formulare auch über die Website des Finanzministeriums (www.bmf.gv.at) bestellt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Veranlagung elektronisch über „FinanzOnline“ einzureichen.

ÖGB-BERATUNGSSTELLEN

Einen Überblick über alle ÖGB-Beratungen im Burgenland, in Niederösterreich und Wien finden Sie unter www.mitgliederservice.at, www.oegb.at/noe und www.oegb.at/bglid im Menüpunkt „Beratungen“ bzw. „Unterstützungen“.

TIPP: AUTOMATISCHE ARBEITNEHMERINNENVERANLAGUNG

Wenn Sie mehr als die Pauschalbeträge in Anspruch nehmen und zusätzliche Ausgaben absetzen möchten, müssen Sie weiterhin einen Antrag stellen. Zudem startet die Finanz die antragslose ArbeitnehmerInnenveranlagung für das Jahr 2016 nur dann automatisch, wenn bis Ende Juni 2017 kein Antrag auf Lohnsteuerausgleich vorliegt und wenn mit einer Steuergutschrift zu rechnen ist.

Wer also bisher immer einen Antrag gestellt hat, wer Sonderausgaben hat oder wer nicht lange auf das Geld warten mag, der sollte auch heuer wieder gleich den Antrag stellen.

AK BURGENLAND – TERMINE FÜR ARBEITNEHMERINNENVERANLAGUNG

Die Beratungen finden in den jeweiligen AK-Bezirksstellen, jeweils von 13 bis 17 Uhr statt:

- ♦ Oberwart: 6. und 20. März 2017
- ♦ Güssing: 7. und 8. März 2017
- ♦ Eisenstadt: 9., 10. und 21. März 2017
- ♦ Jennersdorf: 13. März 2017
- ♦ Oberpullendorf: 14. und 15. März 2017
- ♦ Neusiedl: 16. und 17. März 2017



personal
shop

Markenartikel zu
Bestpreisen

Premium-Markenqualität
zum Schnäppchenpreis!

Hier sparen
einkaufsberechtigte
Leserinnen und Leser
fast € 48,-!

STUBAI®

anthrazit-
melé

IHR PREIS-
VORTEIL
59%



grau-
melé

dunkelblau-
melé

UVP*-Preis 79,95
Personalshop-Preis 39,99

BESTPREIS

€ **31.99**

Sie sparen € 47,96
gegenüber dem UVP*

Größen

M L XL XXL 3 XL

**Große
Größen
bis 3 XL**

– Qualitätsbewusstsein und Tradition!
Für Bergsportler und Kletterer ist die Tiroler
Traditionsmarke STUBAI ein Inbegriff für
hochwertige Materialien, erstklassige Verar-
beitung und langlebige Funktionalität.

STUBAI

TOP-Produkt-Vorteile:

- ✓ Außen super-softe Strickoptik
- ✓ Innen flauschig-weiches Fleece-material – anschmiegsam und atmungsaktiv
- ✓ Bei Übergangstemperaturen angenehm warm
- ✓ Frontreißverschluss mit Windschutz
- ✓ 100% pflegeleichtes Polyester

- ✓ Ergonomisch angepasste Nähte
 - ✓ Zwei wind- und wasserfeste Reißverschluss-Seitentaschen
 - ✓ Elastische Ärmel-Saumbündchen für perfekte Passform, u.v.m.
- 59% Preisvorteil gegenüber UVP*. Gleich bestellen – solange Vorrat reicht!**

Bestellen leicht gemacht!

☎ **0 512/ 34 33 44**
FAX 0 512 / 43 33 44-400

BESTELLSCHEIN 6029 mit 30 Tage Rückgaberecht

www.personalshop.com

Um sich im Shop anzumelden, verwenden Sie bitte diesen PIN-Code!
(1 Monat gültig) Ihr PIN-Code ist gleichzeitig Ihr Gutscheincode.

Beim Einlösen des Gutscheines im Warenkorb wird Ihr Rabatt abgezogen.

6029



SEHR GUT
4.66/5.00

Stand: 01/2017, 8.374 Bewertungen



Direkt
zum
Online-
Shop
←

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6020 Innsbruck, Gärberbach 9, Tel: 0512 / 34 33 44, Fax: 0512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „wenn und aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

**Gleich einsenden an:
Servus Handels- und
Verlagsgesellschaft m.b.H.
Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol**

* Stappreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise oder unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP)

** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht finden Sie auf: www.personalshop.com

Menge	Art.Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	UVP*	Personalshop-Preis	-59%
	62.219.307		Strick-Fleecejacke grau-melé	€ 79,95	€ 39,99	€ 31,99
	62.219.310		Strick-Fleecejacke dunkelblau-melé	€ 79,95	€ 39,99	€ 31,99
	62.219.323		Strick-Fleecejacke anthrazit-melé	€ 79,95	€ 39,99	€ 31,99

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,90

Name, Vorname:

Straße / Nr.:

PLZ / Ort:

Geburtsdatum:

E-Mail:

Lieferung erfolgt gegen Rechnung in Reihenfolge des Bestelleingangs.
Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Österreich und solange der Vorrat reicht.



Ein wärmendes Krautfleisch auf Türkisch

von Florian Kräftner

SAMMELN
und
NACHKOCHEN!

23

Februar 2017



© Foto: Florian Kräftner, Illu: Isabelle Carthou

Zutaten (für 4–6 Portionen)

- ◆ ½ Kilo Faschiertes
- ◆ Olivenöl
- ◆ 2 gelbe Zwiebeln
- ◆ 3 Knoblauchzehen
- ◆ 100 Gramm Bulgur grob
- ◆ 5 getrocknete Tomaten
- ◆ 2 Esslöffel Harissa
- ◆ 6 Esslöffel Tomatenmark
- ◆ ¾ Kilo Weißkraut
- ◆ ½ Liter Wasser, kochend oder zumindest heiß
- ◆ Pul Biber oder andere Chiliflocken
- ◆ Salz, Pfeffer

Kapuska

Spargel und Sturm – daran denken viele als Erstes, wenn von saisonalen Genüssen die Rede ist. Aber auch im Winter gibt es Gemüse, für das man nicht auf Glashaus- oder Flugzeugware zurückgreifen muss: Rüben, Karotten, Kohl und Kraut. Aus Weißkraut machen wir diesmal sozusagen die türkische Variante von Krautfleisch. Das Faschierte kommt in der Türkei eher von Rind oder Schaf, das Rezept funktioniert aber auch mit Schweinerneem hervorragend. Als Gegenpol zum Kraut sorgen Tomaten für fruchtige Süße und Harissa, tunesische Chilipaste, für wärmende Schärfe. Die Tomaten wurden bereits im Sommer konserviert, denn die, die man momentan zu kaufen kriegt, schmecken meistens nur nach Wasser. Das Rezept kommt mit einem einzigen Topf aus, eignet sich perfekt dazu, es zu Hause vorzubereiten und am Arbeitsplatz in kurzer Zeit mit wenig Aufwand fertigzuzukochen. Getrocknete Tomaten eine Stun-

de in Wasser einweichen; in Streifen schneiden, Einweichwasser aufheben. Faschiertes in Olivenöl fünf Minuten anbraten. Währenddessen Zwiebeln klein schneiden, zum Fleisch geben und weitere fünf Minuten mitbraten. Knoblauchzehen in Scheiben schneiden, zusammen mit Harissa und Tomatenmark in den Topf geben und eine Minute durchrühren. Bulgur dazugeben, mit dem Einweichwasser der getrockneten Tomaten und einem halben Liter kochendem Wasser aufgießen, salzen, pfeffern, zehn Minuten köcheln lassen. An dieser Stelle kann man unterbrechen und am nächsten Tag weiterkochen. Dafür Kraut in Streifen schneiden, zum Fleisch geben. Eventuell mehr Wasser dazugeben, köcheln, bis das Kraut die gewünschte Bissfestigkeit hat; das kann je nach Dicke der Krautblätter bis zu einer halben Stunde dauern. Mit Salz abschmecken, mit einem Schuss Olivenöl und Chiliflocken servieren.

QuattroMobili
behaglich daheim



Weitere Farben gegen geringen Aufpreis



ECHT LEDER



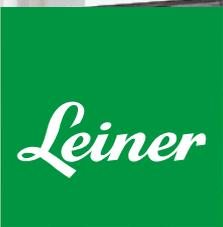
Elekt. Relaxfunktion mit Sensor verstellbar gegen Aufpreis



Bettfunktion gegen Aufpreis



Rückenverstellung gegen Aufpreis



2.967,-***

2.199,-

SIE SPAREN
25%

SITZGRUPPE.
Echt Leder rot. Rücken unecht. ca. 170 x 314 x 225 cm. H ca. 88 cm. Gegen Aufpreis Bettfunktion, Relaxrücken, elektr. Relaxfunktion, Stauraum, Rücken echt, Kopfstütze und Kissen. (21664760, 21664786, 21664869)

Gültig bis 8.4.2017/AT6497. Gültig in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern. Solange der Vorrat reicht. Stattpreise *** sind unverb. Hersteller-Preiseempf. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

Nicht gültig bei kika Donau Zentrum **OUTLET**

www.kika.at
www.Leiner.at



MITGLIEDERRABATT

7,5%¹⁾

AUF IHREN
EINKAUF

Ausgenommen alle Werbe- und Aktionsartikel aus unseren aktuellen Prospekten.

¹⁾ Gültig bis 31.12.2017 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Vom bisherigen Verkaufspreis. Gilt nur für Neuaufträge und ist nicht mit anderen Aktionen kumulierbar. Ausgenommen Werbe- und Aktionsware, bereits reduzierte Ware, Warengutscheine, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/ Zubehör und Lebensmittel. Der Vorweis der ÖGB-Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt vor dem Verkaufsgespräch dem Einrichtungsberater vorzulegen. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.

RESTAURANT

Täglich frisch gebackt!

GUTSCHEIN
GÜLTIG VON 6.2. BIS 8.4.2017

kika



statt 2,90*

1,90

Klassik Frühstück Verlängerter, 2 Stück Semmeln, Schinken, Käse, Butter und Marmelade
Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei kika Wolfsberg und Donau Zentrum.

RESTAURANT

Täglich frisch gebackt!

GUTSCHEIN
GÜLTIG VON 6.2. BIS 8.4.2017

Leiner



statt 3,90*

1,90

Apfelstrudel mit Vanillesauce

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems.



WIR ALLE ESSEN PALMEN

von Katja Dämmrich



Ob in Lebensmitteln, Lippenstiften und Waschmitteln, Palmöl ist überall drin. So enthält jedes zweite Supermarktprodukt das weltweit billigste und am meisten verwendete Pflanzenöl. Gewonnen wird es aus dem Fruchtfleisch der Ölpalme,

vorwiegend in Indonesien und Malaysia. Die Auswirkungen für Mensch und Umwelt sind in beiden Ländern desaströs.

Der Regenwald wird großflächig abgeholzt und in Plantagen umgewandelt. Und auf diesen kommt es immer wie-

der zu Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Lohnsklaverei. Damit nicht noch mehr Lebensraum vernichtet wird, rufen Umweltorganisationen dazu auf, möglichst wenig Produkte mit Palmöl zu verwenden. Das ist leichter, als es klingt.

Was KonsumentInnen beachten können

Manchmal reicht ein kurzer Blick auf die Inhaltsstoffe, um festzustellen, ob Palmöl drin ist oder nicht. Kekse und Schokoriegel mit fair gehandeltem Bio-Palmöl gibt es jedenfalls von der Fairtrade-Importorganisation EZA. Am einfachsten ist es, selbst zu kochen und auf frische Zutaten zurückzugreifen. Denn Palmöl ist in vielen Fertigprodukten, wie etwa Suppen, Pizzen und Suppenwürze, enthalten. Gesund kochen, zum Beispiel mit den Rezepten aus der „Solidarität“, schmeckt also nicht nur besser, sondern schont auch die Umwelt.

LINKTIPPS

Mehr zum Thema gibt es unter www.global2000.at/palmoel. Die EZA-Produkte können online bestellt werden auf <http://shop.eza.cc>.

© 123rf.com

IMPRESSUM

Herausgeber:

Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at

Herstellerein:

Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21.

Verlagsort:

Wien.

Herstellungsort:

Neudörfel.

Chefredaktion:

Alexa Jirez.

Kaufmännische Leitung:

Christoph Höllriegel.

Chefin vom Dienst:

Amela Muratovic.

AutorInnen:

Florian Kräftner, Katja Dämmrich, Franz Fischill, Carmen Janko (ÖÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Lisa Siutz (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark).

Artredaktion & Grafik:

Reinhard Schön.

Illustrationen:

Isabelle Carhoun, Hannes Kiengraber.

Titelbild:

Alexander Müller | www.alexander-mueller.at

Anzeigen:

Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at.

Sekretariat:

Sonja Adler.

Lektorat:

Karin Flunger.

Redaktionsadresse:

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli

Bildnachweis Cover unten, Mitte: 123rf.com

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.soli.at/offenlegung

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Adressänderungen an service@oegb.at oder 01/534 44-39103

ZVR-Nr.: 576439352 DVB-Nr. 0046655

Auflösung des
RÄTSELS
Solidarität
Nr. 969

■ ■ ■ K ■ ■ ■ R ■ B
A N B R U C H E F I
■ A U A ■ H O H L ■ Z
■ S C H L A F O A S E
M E H L ■ I ■ L I P P
■ ■ U ■ A S E P S I S
■ A N D R E ■ E ■ O ■
E N G ■ P ■ K R A N K
■ W ■ L A V A N T ■ O
■ A L A D I N ■ M U H
■ L A A ■ E N K E R L
■ T U S C H E ■ N I E

WO ? KREUZ T

Verlost werden drei Exemplare des Buchs
"Fuck It!" *Mach nur noch, was du gerne tust, und
es ist egal welchen Job du hast*
(zur Verfügung gestellt von der
Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags:
www.diefachbuchhandlung.at)

1	2	3	4	5	6

Lösung bitte einsenden an:
Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 6. März 2017

Reise- aus- rüstung	Nach- lassemp- fänger	Sicher- heits- und Ordnungs- behörde		Anzeige des Ka- lenders	einreiben	Kurzform von Kenneth	Antrieb auf sämtliche Räder (Kfz)	Kinderkrank- heit
							Abk.: Licht- signal- anlage elastisch	5
Farbe von Blut			2	k. u. k. Oberst- Spion † 1913				Nord- europäer
Humus- gemisch für Zier- pflanzen								3
				erlernte Arbeit, Erwerbs- tätigkeit		natür- licher Kopf- schmuck		
Kleb- stoff	Eisen- bahn- wagen		aufhören					
flattern, fliegen (Fahne)						Kurstadt in Südtirol	rutschig	Tadel, Verweis
				franz.: Polizist (ugs.)	fettarm Fußglied			
gemau- ertes Ufer		ugs.: sehr kleines Stück Großmutter						be- stimmter Artikel
Rasen- sportler							Ab- schie- ds- gruß	
Kose- name der Groß- mutter				übereilt, schnell				1
Teil des Halses							Aufguss- getränk	



DER KREDIT, DER IHRER FANTASIE FREIEN LAUF LÄSST.



NEUKUNDEN-
AKTION BIS
28.2.2017

€ 17.000,- oder mehr und gratis
tolino eReader dazu.

Eine fabelhafte Kombi: Die KreditBox Schnell, mit der Sie Ihre Wünsche wahr machen können – und dazu ein gratis tolino page eReader für die fantastischsten Leseabenteuer.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



Repräsentatives Rechenbeispiel: Kreditbetrag € 17.000,-, Laufzeit 10 Jahre, Kreditrate € 190,07 mtl., Nominalzinssatz 5,27% p.a. variabel, Bearbeitungsentgelt € 250,-, Kontoführungsentgelt € 588,-, Zinsen gesamt € 4.969,90, Effektivzinssatz 6,4% p.a., Gesamttrückzahlung € 22.807,90, Auszahlungstermin 2.1.2017, erste Rate 15.1.2017, Ablebensrisikoversicherung verpflichtend.

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank